

Geehrte Vorsitzende, Herr Landrat Wegner, geschätzte KreistagskollegInnen,

nein, das wollten wir nicht.

Die Privatisierung der Lungenklinik Diekholzen war nie Ziel der Grünen und sicherlich auch nicht Ziel unseres Bündnispartners. Dass wir nun vor einer Situation stehen, die keine sinnvolle Alternative zum Verkauf von Gesellschaftsanteilen der Lungenklinik zulässt, bedarf der näheren Begründung.

Die Privatisierung von Gesundheitsleistungen, speziell von Krankenhausleistungen reiht sich ein in ein Wirtschaftsmodell, das schon seit Jahren in Europa und Deutschland von der Idee beseelt ist, auch die soziale und technische Infrastruktur eines Landes dem Gewinninteresse von Unternehmen zur Verfügung zu stellen.

Die damit verbundenen Weichenstellungen gerade auch im Gesundheitswesen sind dafür schon vor Jahren gestellt worden und führten und führen systematisch zur einer chronischen Unterfinanzierung der Krankenhäuser.

Diese Unterfinanzierung ist gewollt, da sie zur Marktberreinigung im Bereich der Krankenhausleistungen beitragen würde.

Die gegenwärtige Reform der Krankenhausfinanzierung ist daher der tiefgreifendste Eingriff in den Krankenhausbereich seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.

Die Konsequenzen dieser Reform sind defizitär arbeitende Krankenhäuser, die trotz eines deutlichen Personalabbaus und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, diese wirtschaftliche Schieflage nicht auffangen können.

Die Folgerungen für die Patienten sind eine schlechtere Versorgung und letztlich ein sehr weitmaschiges Netz an zur Verfügung gestellten Krankenhausleistungen.

Statt nun diesen Trend umzukehren und wieder eine bedarfsgerechte Versorgung mit Krankenhausleistungen zu ermöglichen, da Fehlentwicklungen seit Einführung der DRG's offensichtlich sind, hat der Gesetzgeber keine Reaktion gezeigt, um diesen Trend zu stoppen.

Die Bundesregierung zeigte von Anfang an ein Desinteresse an den Auswirkungen der Reform, erkennbar unter anderem auch daran, dass es keine unabhängige wissenschaftliche Begleitforschung und Evaluation im Auftrag der Bundesregierung bis zum heutigen Tage gibt.

Die wichtigsten Gesetze aus dem Jahre 2000 und 2002, die das Fallpauschalensystem ermöglichten, wurden übrigens durch die Regierung Schröder/Fischer auf den Weg gebracht.

Als Gesundheitsministerinnen waren damals zunächst Andrea Fischer und nachfolgend Ulla Schmidt verantwortlich.

Zentrale Begründung damals war, die Beitragssätze stabil zu halten, um die Belastungen für die Unternehmen und Arbeitnehmer nicht weiter steigen zu lassen.

12 Jahre später lässt sich festhalten: Das deutsche DRG-Fallpauschalensystem ist weder in der Lage, eine bedarfsgerechte Krankenhausversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten noch ist es leistungsgerecht.

Das Fallpauschalensystem ist kein Instrumentarium, um den bevölkerungsbezogenen Versorgungsbedarf zu erkennen.

Die Erreichung und Sicherstellung einer flächendeckenden und bedarfsgerechten Krankenhausversorgung ist Aufgabe der Länder, die zu diesem Zweck eine durch das KHG vorgegebene Krankenhausplanung durchführen.

Die DRGs können das System einer letztlich vom Staat zu verantwortenden Planung und Steuerung des Krankenhausbereichs nicht durch eine marktähnliche Steuerung über Preise ersetzen. So Prof. Dr. Michael Simon, der eine umfangreiche Untersuchung zu diesem Thema durchführte.

Somit musste die Finanzierung durch Fallpauschalen zu einer wirtschaftlichen Schieflage insbesondere der Krankenhäuser führen, die aufgrund ihrer Lage, ihres Angebotes, der Bevölkerungsstruktur und der Konkurrenz benachbarter Kliniken mit den DRG`s nicht auskömmlich wirtschaften konnten.

Konnten wir zunächst hoffen, dass die besondere Angebotsstruktur der Lungenklinik eine Garantie für ein weiteres wirtschaftlich erfolgreiches Handeln darstellt, hat die Konkurrenz benachbarter Kliniken diesen Vorteil mehr als wettgemacht.

Somit ist die Entwicklung der Lungenklinik das fast zwangsläufige Ergebnis dieser Rahmenbedingungen und es nicht zu erkennen, dass in absehbarer Zeit diese Voraussetzungen wieder für eine bedarfsorientierte Krankenhausversorgung geändert werden.

Der Vorschlag des Betriebsrates Ihnen doch 5 Jahre mehr Zeit zu geben, in der Hoffnung, dass sich in diesem Zeitraum die Rahmenbedingungen ändern, ist vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklung mehr als unwahrscheinlich.

Die aufgelaufenen Fehlbeträge der Lungenklinik, die sich in den nächsten Jahren weiter akkumulieren und die notwendigen Investitionen zum Erhalt der Gebäudesubstanz, sind nur durch direkte Zuschüsse durch den Gesellschafter auszugleichen.

Aber auch darüber hätte man reden können.

Denn auch eine Risikominimierung wäre ein gangbarer Weg gewesen. Vorstöße und Anregungen die Gemeinde Diekholzen, analog zur Kurbetriebsgesellschaft mit in die Verantwortung zu nehmen, wurden seitens der Gemeinde erst gar nicht ernsthaft diskutiert.

Ein Argument der Privatisierungskritiker der Lungenklinik ist ja auch der Vergleich mit der Kurbetriebsgesellschaft in Bad Salzdetfurth, die ja auch strukturell defizitär ist und mit erheblichen Mitteln des Kreises am Leben gehalten wird.

Strukturpolitisch ist dies auch richtig.

Allerdings hinkt der Vergleich spätestens dann, wenn wir erkennen müssen, dass eine Beteiligung der Gemeinde Diekholzen nie ernsthaft zur Disposition stand.

Für die Gemeinde Diekholzen war die Lungenklinik nie prägender Teil der kommunalen Gebietskörperschaft, sondern lediglich ein Arbeitgeber, der sich zufällig auf das Gemeindegebiet verirrt hatte.

Eine Entlastung durch einen weiteren kommunalen Partner musste daher ausgeschlossen werden.

Hinzu kommt, dass wir zum Teil exponentiell steigende Kosten im Sozialhilfereich haben und nach dem jetzigen Stand der Dinge leider in den nächsten Jahren mit einer Zunahme des strukturellen Defizits rechnen müssen, wenn wir die Einnahmeseite nicht verbessern.

Wir brauchen aber andererseits dringend einen finanziellen Handlungsspielraum, um schon auf den Weg gebrachte Projekte weiter abzusichern.

Daher musste auch neu über die Zukunft der Lungenklinik nachgedacht werden.

Bei mangelnder oder erkennbarer Unterfinanzierung des Landkreises reicht es nicht aus, die allgemeinen Rahmenbedingungen zu beweinen, wir müssen auch eigene Anstrengungen unternehmen, um die Kernaufgaben des Landkreises abzusichern.

Der Betrieb einer Lungenklinik gehört letztlich nicht dazu.

Eine weitere Möglichkeit, eine Verbundlösung mit Alfeld und Gronau, konnte gar nicht ernsthaft verfolgt werden, da der Landkreis auf diese beiden Häuser keinen Einfluss hat und Aneos als auch die Johanniter keine ernsthafte Verhandlungsbereitschaft zeigten.

Auch die Gespräche auf Landesebene haben bis zum heutigen Tag zu keiner Lösung geführt.

Somit verengten sich die möglichen Optionen fast von Tag zu Tag.

Während die Zukunft der Lungenklinik Diekholzen in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, mussten die Mitarbeiter der Klinik mit ansehen, dass der hervorragende Ruf der Klinik immer weiter Schaden nahm und damit die eigene Verhandlungsposition immer weiter geschwächt wurde.

Diese Unsicherheit, durch Zeitungsmeldungen genährt, führte zu einer unerträglichen Belastung des Krankenhauspersonals.

Es war daher nicht überraschend, dass anlässlich einer Einladung des Betriebsrates und der Krankenhausleitung, die an alle Fraktionen gegangen ist, die Bitte vorgetragen wurde, nun auch zügig zu entscheiden.

Der von einigen Abgeordneten kritisierte Druck, nun doch zu einer Entscheidung zu kommen, ist also nicht nur von der Verwaltung ausgeübt worden.

Auch die Mitarbeiter selbst wollten nun schlussendlich Klarheit darüber haben, wie die Zukunft der Klinik, aber auch ihre eigene Zukunft aussieht.

Die Kreistagsabgeordneten tragen Verantwortung für die Bewohner dieses Landkreises, aber insbesondere auch Verantwortung für die Mitarbeiter des Landkreises.

Sei es der Verwaltungsbeamte oder die Krankenschwester, die in einer 100%igen Gesellschaft des Landkreises arbeitet.

Nur bei erkennbar neuer Faktenlage wäre eine Verschiebung der Entscheidung vertretbar gewesen.

Diese neue Faktenlage existiert aber bis heute nicht.

Der Wunsch des Betriebsrates den Anteilsverkauf an den Helioskonzern zu favorisieren, hat sicherlich zur Entscheidungsfindung bei den Grünen, aber auch bei der SPD beigetragen.

Ein weiteres Argument für den Verkauf an den Konzern ist die Besitzstandsregelung, die den Mitarbeitern, die jetzt in der Klinik arbeiten, umfänglich alle Rechte lässt, ob es die Frage der Tarifierung betrifft, die Gesellschaft bleibt im kommunalen Arbeitgeberverband oder die Anwartschaften für die Rentenbezüge in der öffentlichen Zusatzversorgung.

Der Konzern verzichtet für 2 Jahre auf betriebsbedingte Kündigungen. Allerdings sehen Bündnis90/Die Grünen als auch die SPD hier deutlichen Nachbesserungsbedarf.

Wir wollen daher in einem Ergänzungsantrag 2 Positionen deutlich verstärken.

Einmal übernimmt der Landkreis für weitere 2 Jahre die Garantie, dass bei betriebsbedingter Kündigung die Mitarbeiter ein Anstellungsangebot durch den Landkreis Hildesheim bekommen. Dieses Angebot gilt für sämtliche MitarbeiterInnen.

Zusätzlich wollen wir aber auch das nicht-medizinische Personal besonders abgesichert wissen.

Falls der neue Mehrheitsgesellschafter dem nicht-medizinischen Personal eine Weiterbeschäftigung verweigert, übernimmt der Landkreis Hildesheim diesen Personenkreis.

Wir sind davon überzeugt, dass wir damit den aktuell Beschäftigten die notwendigen Sicherheiten geben und ihnen eine Perspektive innerhalb als auch außerhalb der Klinik ermöglichen.

Dies ist keine Superlösung und letztlich halten wir damit nicht eine Entwicklung auf, die ich am Anfang skizziert habe.

Vor dem Hintergrund der finanziellen Entwicklung des Landkreises, der defizitären Entwicklung der Lungenklinik und der speziellen Krankenhaussituation im Landkreis Hildesheim und der damit verbundenen Angebotsstruktur, ist auf der kommunalen Ebene die Entwicklung zu mehr Privatisierung in diesem Bereich nicht aufzuhalten.

Dies schmerzt und es macht deutlich, dass unsere Handlungsspielräume leider kleiner sind, als wir uns dies wünschen. Der Landkreis Hildesheim ist aber auch mehr als der Versorger mit gesundheitlichen Leistungen, er hat in vielen anderen Bereichen Verantwortung für die Menschen zu übernehmen.

Dieser Verantwortung gerecht zu werden, lässt wünschenswerte Lösungen nicht immer realisierbar werden.

Der Verkauf von Gesellschaftsanteilen der Lungenklinik gehört zu den Lösungen, die wir nicht wollten – der aber unter den beschriebenen Bedingungen notwendig ist.

Die Mehrheitsgruppe stellt sich dieser Verantwortung – und dies an die anderen Parteien und Gruppen im Kreistag gerichtet, nehmen auch sie diese Verantwortung wahr, stimmen sie mit uns für den Ergänzungsantrag und die Verwaltungsvorlage.